

Wandel in der Deutschland- und Ostpolitik unter der sozial-liberalen Koalition

Die größte Abkehr von den Positionen der CDU-geführten Bundesregierung unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhardt ist die Formulierung von den „*Tatsachen, die sich nicht einfach rückgängig machen lassen*“ und den „*bitteren und schmerzhaften Realitäten*“, denen man sich stellen müsse (Bundeskanzler Willy Brandt, 8. Mai 1975).

Damit ist konkret die Anerkennung der deutsch-deutschen Demarkationslinie als einer **Grenze zwischen beiden deutschen Staaten** („*Grenzlinie, die Deutschland teilt*“) und der Oder-Neiße-Grenze als der **Westgrenze Polens** gemeint. Mit dieser Aussage entfernt sich Willy Brandt namens der von ihm geführten sozial-liberalen Bundesregierung von der Position der bisherigen Bundesregierungen, die von einer strikten Nicht-Anerkennung der Realitäten um die DDR ausgingen. Das reichte von den Formulierungskünsten wie „sogenannte DDR“ bis hin zur Hallstein-Doktrin und zum Alleinvertretungsanspruch, nach dem die Bundesrepublik als der einzige aus freien Wahlen hervorgegangene Staat das Recht habe, auch für die anderen Deutschen zu sprechen, denen freie Wahlen versagt blieben.

Dennoch kann auch Brandt nicht die von der Adenauer-Regierung formulierte These von „Deutschland in den Grenzen von 1937“ vom Tisch wischen, da formal immer noch die Alliierten über Deutschland als Ganzes bestimmen und solche Regelungen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müssen. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens konnte er lediglich eine Verpflichtungserklärung abgeben, diese Grenze nicht durch Diskussionen in Frage zu stellen. Sache der praktischen Politik war es dann, dieses Thema nicht mehr, und schon gar nicht in propagandistischer Weise, anzusprechen.

Priorität haben für Brandt die Aussöhnung mit den „*Völkern im Osten*“ und ein Modus vivendi mit der DDR. Das ist für ihn die Voraussetzung für eine friedliche Weiterentwicklung der Verhältnisse in Europa, bei denen das „*Interesse des Friedens*“ Vorrang haben soll. Damit weist er bereits auf die **Ostverträge** und den Grundlagenvertrag mit der DDR hin, mit denen die sozial-liberale Ostpolitik gekrönt wird.

Bei aller Realitätsnähe der Ostpolitik bleibt Brandt dennoch dem Begriff der Deutschen Nation verbunden. Die deutsche Teilung betrachtet er nach wie vor als widernatürlich („*unser Land ...in zwei Teile zerrissen*“) und ihre Aufhebung ist weiterhin Ziel der Politik, doch sind die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, nicht mehr Ausgrenzung und Destabilisierung, sondern **Kooperation und Annäherung**. Die Wirklichkeit der folgenden Jahre sollte allerdings zeigen, dass die Bekenntnisse zur Deutschen Einheit mehr und mehr Lippenbekenntnisse blieben.